

# Antrag Nr. 17-O-02-0012

## DIE LINKE

---

### Betreff:

Stickstoffdioxid-Belastung im Westend

### Antragstext:

#### Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Magistrat wird gebeten Maßnahmen umzusetzen, die die Stickstoffdioxid-Belastung durch Diesel-Pkw im Ortsbezirk Westend/Bleichstraße reduziert.

- Das beschlossene LKW-Durchfahrtsverbot soll umgesetzt werden.
- Die Wiederbelebung der Aartalbahn und die Einführung einer City-Bahn würden dem Westend eine konkrete Verkehrsentslastung bringen und den Durchgangsverkehr in und aus Richtung Untertaunus reduzieren.
- Ein zeitlich befristetes Dieselfahrverbot soll geprüft werden.

### Begründung:

Der Ortsbeirat Westend/Bleichstraße begrüßt die jüngste einstimmige Beschlussfassung des Ortsbeirats Rheingau/Hollerborn unter dem Titel „Maßnahmen zur Senkung der Stickstoffdioxid-Belastung.“

Eine von Greenpeace veröffentlichte Studie zur Stickstoffdioxidbelastung der Wiesbadener Luft kommt zu dem Ergebnis, dass an vielen Messpunkten in der Stadt die Grenzwerte überschritten werden. Auch im Westend sind in der Emser Straße, in der Dotzheimer Straße und auf dem Bismarckring die Belastungen durch Stickstoffdioxid besonders hoch. Die EU hat bereits im Jahr 1999 festgelegt, dass die Belastung mit Stickstoffdioxid im Jahresdurchschnitt 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nicht mehr überschreiten soll. Seit 2010 sind die Grenzwerte für alle Mitgliedsstaaten rechtsverbindlich. Vor allem Dieselfahrzeuge tragen zur hohen Schadstoffbelastung bei. Spätestens der VW-Abgasskandal zeigte, dass etliche Diesel-Autos deutlich mehr Stickoxide ausstoßen als erlaubt.

Die Atemgifte, deren Hauptquellen Kraftfahrzeugverkehr sind, können zu chronischem Husten, Bronchitis, Asthma, Entzündungen oder Lungenkrebs führen. Vorbelastete Menschen, Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet. Nach einer neueren Studie des Helmholtz-Zentrums kann Luftverschmutzung sogar zum vermehrten Auftreten von Insulin-Resistenzen führen, einer Vorstufe der Diabetes. Die gesundheitlichen Auswirkungen dürfen nicht länger ignoriert werden.

Der Magistrat muss jetzt endlich handeln, damit die Grenzwerte flächendeckend eingehalten bzw. unterschritten werden.

Wiesbaden, 01.02.2017